27. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

zum großen Erstaunen – auch vieler SPD-Kollegen – wurde in dieser Woche die Entscheidung von Sigmar Gabriel, den SPD-Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur an Martin Schulz abzugeben, bekannt. Sein Wechsel ins Auswärtige Amt mit dem Wunsch nach mehr Zeit für die Familie zu begründen, wirkt angesichts der vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen äußerst befremdlich!

So haben wir erst diese Woche über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak entschieden. Tausende Mädchen und Frauen wurden vom IS verschleppt, verkauft und vergewaltigt. Wir dürfen die Menschen, die unter dem Grauen des IS leiden, nicht alleine lassen! Mehr dazu lesen Sie auf Seite zwei.

Vergangenen Freitag wurde in den USA der Staffelstab an den neuen Präsidenten Donald Trump übergeben. In seinen ersten Arbeitstagen hat er bereits markante Entscheidungen getroffen. Wir suchen auch weiterhin den engen Dialog. Fakt ist: Die Vereinigten Staaten werden unser wichtigster transatlantischer Partner bleiben und auch Amerika profitiert von einem starken Deutschland!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Herzliche Grüße

Ihre

Julia Obermeier MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag Platz der Republik | 1 11011 Berlin

Neues aus dem Netz

Julia Obermeier hier: Berlin - Bundestag.
27. Januar 2017

Heute Gedenken wir im Plenum des Deutschen Bundestages den Opfer des Nationalsozialismus. Ein wichtiges Zeichen gegen das Vergessen! #weremember

In Anbetracht der letzten verabscheuenswerten Äußerungen eines Vertreters einer vermeintlichen politischen Alternative ist das Erinnern und Mahnen besonders wichtig!

Julia Obermeier
19. Januar

Der Deutsche Bundestag hat eine neue Vizepräsidentin! Gerade wählten wir meine Kollegin aus dem Verteidigungsausschuss, Michaela Noll MdB, zur Nachfolgerin des viel zu früh verstorbenen Peter Hintze. Liebe Michaela, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl und alles Gute für das neue Amt!

„Wir dürfen die Menschen, die unter dem Grauen des IS leiden, nicht alleine lassen!“

Positionen der Partei Die LINKE sind verantwortungslos

Die Plenardebatte im Deutschen Bundestag über den deutschen Beitrag in der internationalen Allianz zum Kampf gegen den IS-Terror im Irak zeige deutlich, dass **Die LINKE nicht regierungsfähig sei**. **Ihre außen- und sicherheitspolitischen Positionen seien verantwortungslos**, so Julia Obermeier MdB.

Die LINKE lehnt die Ausbildungsmission im Nordirak, an der sich **bis zu 150 deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligen**, strikt ab. Allerdings leidet die Bevölkerung unter der IS-Schreckensherrschaft massiv. ***„Was sagen Sie den tausenden Mädchen und Frauen, wie der Jesidin Nadia Murad, die der IS verschleppt, verkauft und vergewaltigt hat, nachdem ihre Mutter und ihre sechs Brüder getötet wurden?“*** Dies fragte Obermeier die Linken-Politiker und fügte hinzu: ***„Das Schicksal von Nadja Murat steht beispielhaft für das Leid von Tausenden und führt uns deutlich vor Augen: Wir dürfen die Menschen, die unter dem Grauen des IS leiden, nicht alleine lassen.“***

Der Vormarsch des IS wurde gestoppt

Und eben das tue Deutschland nicht. ***„Deutschland hat – und diese Entscheidung haben wir uns im Deutschen Bundestag nicht leicht gemacht – vor zweieinhalb Jahren beschlossen, Waffen in ein Krisengebiet – in den Nordirak – zu schicken! Und wir haben beschlossen, dass wir diejenigen, die wir ausrüsten, auch ausbilden. 12.000 Mann haben wir bisher ausgebildet. Diese Kräfte waren maßgeblich daran beteiligt, den Vormarsch des IS im Irak zu stoppen und Gebiete zurückzuerobern! Unser Beitrag ist ein kleiner, aber wichtiger.“***

Meine Rede finden Sie hier: https://www.youtube.com/watch?v=5GCMJ7cpPkU

Der Einsatz gegen den IS ist richtig

Die Verteidigungspolitikerin hob hervor, dass es die Aufgabe der Politik sei, mögliche Risiken eines Einsatzes und die Möglichkeit Menschenleben zu retten, abzuwägen. Obermeier machte deutlich: ***„Ich komme zu einem anderen Schluss als die Kollegen der Opposition. Dieser Einsatz ist richtig! Es geht darum, unzählige Menschenleben zu retten sowie Frauen und Kinder davor zu bewahren Kriegsbeute zu werden. Und es geht darum, dass Zehntausende Vertriebene wieder in ihre Heimat zurückkehren können.“***

Julia Obermeier MdB machte sich selbst ein Bild von der Ausbildung der Anti-IS-Kämpfer im Irak.

Jahreswirtschaftsbericht

Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung

Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem **niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung**, die **Beschäftigung auf einem Höchststand**. Die **Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse**. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein **Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent**.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der **ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung**. Aber wir lehnen uns nicht zurück.

In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken.

Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. **Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen.** Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt uns darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationsgerechtigkeit jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden. http://bit.ly/2jE4Npr

F.A.Z. Young Leaders‘ Conference

Julia Obermeier MdB diskutiert über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

„Die Europäische Union ist ein Akteur mit Gestaltungsanspruch in ihrer direkten Nachbarschaft, aber auch ein Akteur, der für Frieden und Sicherheit weltweit eintritt. Wichtig ist, und hier liegt auch die Stärke der EU, einen vernetzten Ansatz zu verfolgen. Dies gilt insbesondere für unseren Nachbarkontinent Afrika. Der von unserem Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller vorgeschlagene europäische „Marshallplan mit Afrika“ zeigt den richtigen Weg auf“, so Obermeier.

Diese und andere Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU erörterte Obermeier auf der Young Leaders’ Conference des F.A.Z.-Forums.

Foto: ©Klaus Weddig

Die vollständige Podiumsdiskussion sehen Sie ab 07:08:00 hier: http://bit.ly/2krMzIC

Technik für unsere Sicherheit nutzen

Abschreckung und Aufklärung durch Videoüberwachung

Julia Obermeier MdB: ***„Mit einer Ausweitung der Videoüberwachung leisten wir einen großen Beitrag zur besseren und schnelleren Aufklärung von Straftaten. Zugleich bieten öffentliche Kameras eine Abschreckungswirkung gegenüber Straftätern!“***

Der terroristische Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in U-Bahnhöfen in Berlin und München haben gezeigt, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn an gestochen scharfen Bilder bei Tatbegehung sind wenige Täter interessiert.

Videoüberwachung muss verstärkt werden

Dass sich hier jetzt besonders der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist verantwortungslos – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Deshalb haben wir in dieser Woche mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers beraten, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtert.

Polizeikräfte besser vor Angriffen schützen

Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Auch wollen wir durch Technik unsere Polizisten besser schützen. Deshalb schaffen wir die Voraussetzung zum Einsatz körpernah getragener Kameras, sogenannter Bodycams. Die kleinen Geräte sind geeignet, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und zugleich Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können.

Weitere Maßnahmen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands

Der Staat trägt die **Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit**. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Schutz der Bürger vor **Terrorismus und Kriminalität** eine zentrale Aufgabe der Politik. Vieles konnten wir in dieser Legislaturperiode schon umsetzen, zahlreiche weitere Schritte sind eingeleitet.

In einer Übersicht, auf der nächsten Seite, sehen Sie die wichtigsten Maßnahmen im Überblick.

Mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden

Verwirklicht:

- ✓ Die Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz sind in dieser Legislaturperiode **massiv aufgestockt** worden.
- ✓ Im Zeitraum 2015 bis 2020 werden **mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln** für eine bessere Ausstattung der Sicherheitskräfte bereitgestellt.
- ✓ Die Bundespolizei hat eine **neue Anti-Terror-Einheit** aufgebaut. Sie soll vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen.

Eingeleitet:

- ➢ Bis 2020 wird die Zahl der neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes auf **insgesamt 10.000** ansteigen. Davon entfallen allein 7.500 auf die Bundespolizei und 1.300 auf das Bundeskriminalamt.
- ➢ Die **Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (Zitis)** in Neubiberg ist im Aufbau. Bis zu **400 Mitarbeiter** sollen die Sicherheitsbehörden dabei unterstützen, verschlüsselte Kommunikation offenzulegen.
- ➢ Das nationale Cyberabwehrzentrum wird zu einem Krisenreaktionszentrum ausgebaut.

Kampf gegen den islamistischen Terror

Verwirklicht:

- ✓ Reisen in terroristische Ausbildungslager sind jetzt strafbar.
- ✓ Dschihadisten **können Reisepass und Personalausweis entzogen werden**, um sie an der Ausreise zu hindern.
- ✓ Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft.
- ✓ Nachrichtendienste dürfen weiterhin Auskünfte bei Luftfahrtunternehmen, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten einholen.
- ✓ Innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung können künftig leichter überwacht werden.
- ✓ Die Strafbarkeit von Zuwiderhandlungen gegen Vereinsverbote wurde ausgeweitet.
- ✓ **Verbot mehrerer islamistischer Vereine**.

Eingeleitet:

- ➢ In einer **besonders schweren Terrorlage, soll die Bundeswehr unter Führung der Polizei eingesetzt werden**. Hierzu werden gemeinsame Übungen durchgeführt.
- ➢ Gefährder sollen **intensiver überwacht und ihre Bewegungsfreiheit auch durch Fußfesseln eingeschränkt werden**. Appell an die Länder, entsprechende Regelungen in ihren Polizeigesetzen aufzunehmen.

Kampf gegen organisierte Kriminalität

Verwirklicht:

- ✓ Rechtsgrundlagen für einen **besseren Informationsaustausch und gemeinsame Dateien** mit ausländischen Nachrichtendiensten geschaffen.
- ✓ Das *„Anti-Terror-Paket“* verbessert die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.
- ✓ Das europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung wurde ausgebaut.
- ✓ Die Zusammenarbeit mit Österreich und der Schweiz für eine **bessere Grenzkontrolle** wurde intensiviert.
- ✓ Die europäische **Grenzschutzagentur Frontex hat mehr Befugnisse** und Personal erhalten.

Eingeleitet:

- ➢ Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, kann künftig leichter eingezogen werden.

Schärferes Ausländerrecht

Verwirklicht:

- ✓ Wer in Deutschland schwere Straftaten begeht, **hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen**. Daher hat die Koalition nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten das Ausweisungsrecht verschärft.

Eingeleitet:

- ➢ Die Voraussetzungen für die **Abschiebehaft von Gefährdern** soll erleichtert werden.
- ➢ Der **Ausreisegewahrsam** soll verlängert werden.
- ➢ Es soll eine **Residenzpflicht** eingeführt werden, das ist eine verschärfte Wohnsitzauflage für Asylbewerber, die über ihre Identität täuschen.

Die Gute Nachricht

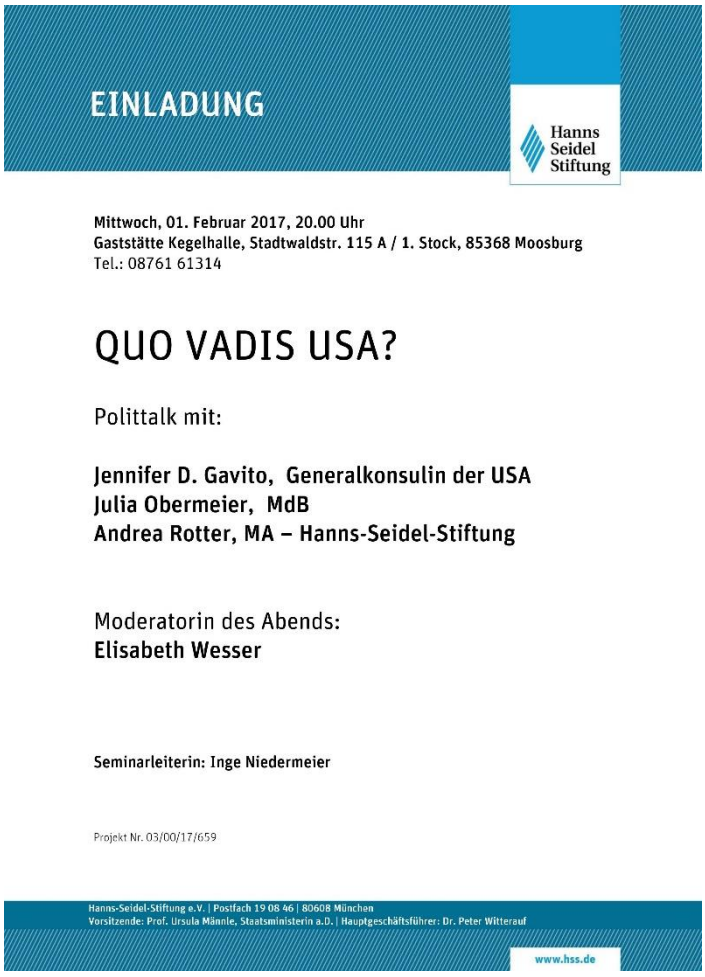
Alternative Wintersportangebote werden immer beliebter

Die **Zahl begeisterter Wintersportler**, die sich abseits klassischer Angebote im Schnee betätigen und naturnah erholen wollen, **wird immer größer**. Wie eine Befragung der Mitglieder des Deutschen Alpenvereins (DAV) ergab, stieg allein die Zahl der Schneeschuhgeher innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als das Zweieinhalbfache. Damit bewegen sich über **220.000 Sportler regelmäßig abseits des alpinen Skisports** und helfen damit dem Wandel hin zu einem nachhaltigen und breiter gefächerten Wintertourismus. Diese Entwicklung fördert vor allem Gebiete am Rande der Alpen und jene, die auf umfangreiche Ausbaumaßnahmen bewusst verzichten. Zum Angebot gehören unter anderem **Rodeln, Skitouren und naturverträgliche Winterwanderungen**, die für alle Alters- und Schwierigkeitsstufen angeboten werden. Um dabei den Schutz sensibler Wald- und Wild-Schongebiete zu gewährleisten, hat der DAV zusammen mit dem Bayerischen Umweltministerium umfangreiche Wanderrouten erarbeitet.

(Quelle: Deutscher Alpenverein)

Julia Obermeier MdB: ***„Eine schöne Entwicklung! Als begeisterte Bergsportlerin freut es mich besonders, dass unsere herrliche bayerische Bergwelt auf vielseitige Weise erkundet wird.“***

Herzliche Einladung



EINLADUNG

Hanns Seidel Stiftung

Mittwoch, 01. Februar 2017, 20.00 Uhr
Gaststätte Kegelhalle, Stadtwaldstr. 115 A / 1. Stock, 85368 Moosburg
Tel.: 08761 61314

QUO VADIS USA?

Polittalk mit:

Jennifer D. Gavito, Generalkonsulin der USA
Julia Obermeier, MdB
Andrea Rotter, MA – Hanns-Seidel-Stiftung

Moderatorin des Abends:
Elisabeth Wesser

Seminarleiterin: Inge Niedermeier

Projekt Nr. 03/00/17/659

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Postfach 19 08 46 | 80608 München
Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D. | Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
www.hss.de

Aubing:

Kulturzentrum ubo9 wiedereröffnet

Bei musikalischer Untermalung des Männergesangsvereins Germania Aubing (MVG), wurde das Kulturzentrum ubo9 feierlich wiedereröffnet. http://bit.ly/2jaQcWA

Foto: Münchner Wochenanzeiger

Bei der Eröffnung: (v.l.) BA22 Mitglied Jürgen Schrader, Julia Obermeier MdB, BA22 Mitglied Christina Stelzer und Stadtrat Johann Sauerer.

Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 99 099
Fax: 089/ 893 99 100
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:

@Julia_Obermeier

Auf Facebook:

Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

01.02.2017 – 20.00 Uhr	**Politiktalk „QUO VADIS USA“**, Moosburg (siehe Einladung)
03.02.2017 – 18.00 Uhr	**Rednerin beim „Sicherheitspolitischen Neujahresgespräch“ des ASP Regensburg**, Prüfeninger Schlossgarten, Prüfeninger-Schloss-Straße 75, 93051 Regensburg
07.02.2017 – 19.00 Uhr	**Podiumsdiskussion zum Thema „Altersarmut und Frauen“ der Münchner Zonta Clubs**, Saal des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, 80331 München

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin